

Fraktion **direkt**

77 | 19. April 2013

Zur Lage

Steuerhinterziehung ist unsolidarisch Unionsfraktion kämpft seit Jahren für Steuerehrlichkeit



Foto: Martin Lengemann

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Steueroasen sind derzeit im Fokus der Öffentlichkeit. Neu ist das Thema aber nicht. Die Bundesregierung setzt sich schon seit Jahren dafür ein, dass die Steuergesetze auch umgesetzt werden – nicht nur auf europäischer Ebene, sondern auch in wichtigen internationalen Organisationen.

Länder, die als Steueroasen gelten, fördern die Steuerhinterziehung. Menschen, die Steuern hinterziehen, verhalten sich in höchstem Maße unsolidarisch. Wer Teil eines staatlichen Gemeinwesens ist und dessen Vorzüge in Anspruch nimmt, muss sich auch an der Finanzierung dieses Gemeinwesens beteiligen. Wer das nicht tut, wälzt die Kosten auf seine steuerehrlichen Mitbürger ab.

Steueroasen gibt es nicht nur in der Karibik, sondern auch in unserer Nachbarschaft. Luxemburg hat angekündigt, zukünftig wie alle anderen Länder der Europäischen Union beim automatischen Steuer-Informationsabgleich mitzumachen. Dem müssen nun Taten folgen. Auch Österreich muss mitmachen. Volle Transparenz in Sachen Steuern fordern wir gemeinsam mit unserem Finanzminister Wolfgang Schäuble auch von Staaten außerhalb der Euro-

päischen Union. Wenn ein Deutscher sein Geld im Ausland anlegt, muss das automatisch der deutschen Steuerbehörde gemeldet werden. Vor den Steuerbehörden darf es kein Bankgeheimnis geben. Dem Finanzamt muss alles offengelegt werden.

Zypern muss Bankensektor verkleinern

Ein hartes Vorgehen gegen Steueroasen ist Teil der notwendigen Regulierung der Finanzmärkte. In Zusammenhang mit der Regulierung sollte jeder Staat auch darauf achten, dass die Größe seiner Banken zur Wirtschaftskraft seines Landes passt. Genau daran hat es in Zypern gefehlt.

Darum musste Zypern auch Hilfen anderer Staaten beantragen, die der Bundestag am Donnerstag gebilligt hat. Wir haben immer gesagt, dass es Leistungen nur bei Gegenleistungen geben kann. Im Fall Zypern werden nun zielgenau diejenigen an der Bankenrettung beteiligt, die zuvor von dem Bankensektor besonders profitiert haben – die großen Anleger. Außerdem muss der Bankensektor der Inselrepublik selbst verkleinert werden.

In dieser Woche wurde in der Fraktion auch über die Frauenquote in Führungsgremien diskutiert. Letztlich war es richtig, dass wir mit unserem Koalitionspartner den rot-grünen Gesetzesvorschlag geschlossen abgelehnt haben. Dieser Antrag diente nur wahltaktischen Zwecken. In unserem Wahlprogramm werden wir uns für eine gesetzliche Frauenquote in den Aufsichtsräten börsennotierter und voll mitbestimmungspflichtiger Unternehmen ab 2020 aussprechen. Damit hat sich die Partei einem wesentlichen Anliegen vieler Frauen geöffnet.



Inhalt

Steuerhinterziehung ist unsolidarisch	1
Innovationskraft sichern	2
Zypern-Hilfe schützt die gesamte Euro-Zone	3
Union ebnet Weg für Frauen in Aufsichtsräten	4
Deutschland ist „Antreiber“ im Kampf gegen Steuerflucht	5
Die Digitalisierung revolutioniert unsere Welt	6
Prävention im Gesundheitswesen fördern	7
„China hat Interesse an stabilem Euro“	8
Heimische Rohstoffe – Standbein der Industrie	9
Für lebenslange Weiterbildung	10
Letzte Seite	11

Kommentar

Innovationskraft sichern

Hochschulpakt wird aufgestockt



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In der Hochschul- und Wissenschaftspolitik ist der Koalition ein großer Erfolg gelungen. Der sogenannte Hochschulpakt wird aufgestockt. Darauf haben sich Bundesbildungsministerin Johanna Wanka und ihre Länderkollegen in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz geeinigt. In den Jahren 2011 bis 2015 wird der Bund 2,2 Milliarden Euro mehr für Hochschulen und Universitäten ausgeben als geplant. Die Länder werden sich mit einer ähnlich hohen Summe beteiligen. Damit gibt der Bund insgesamt allein sieben Milliarden Euro für die Hochschulen aus. Mit dem Geld werden über 600.000 neue Studienplätze geschaffen. Die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten wollen dies im Juni endgültig besiegeln. So erweist sich der Bund einmal mehr als zuverlässiger Partner für Studierende und Hochschulen.

Dem demografischen Wandel durch Bildung begegnen

Die Aufstockung des Hochschulpakts ist ein wichtiger Schritt – und das richtige Signal zur richtigen Zeit. Die Koalition garantiert so die Ausbildungschancen der jungen Generation. Und wir stellen sicher, dass auch in Zukunft die so dringend benötigten hochqualifizierten Fachkräfte ausge-

bildet werden. Damit nehmen wir die bildungspolitische Herausforderung an, die sich aus dem demografischen Wandel ergibt. Er führt mittelfristig zu einem geringeren Angebot an gut ausgebildeten jungen Menschen. Gleichzeitig erwarten wir aufgrund einer steigenden gesamtgesellschaftlichen Bildungsbeteiligung, einer Öffnung der Hochschulen und doppelter Abiturjahrgänge deutlich mehr junge Menschen, die studieren wollen. Das müssen wir als Chance nutzen

und ein entsprechendes Angebot schaffen. Bund und Länder sind hier gemeinsam in der Pflicht.

Mit dem Hochschulpakt haben wir seit 2007 bereits einige Erfolge erzielt. Allein in der ersten Programmphase von 2007 bis 2010 haben Bund und Länder gemeinsam 185.000 zusätzlichen Studienanfängern ein Studium ermöglicht. In wenigen Jahren ist die Studienquote von 37 Prozent 2007 auf 51 im Jahre 2011 gestiegen. Die seit 2011 laufende zweite Programmphase setzt dies fort. Der Bund stellt hier allein fünf Milliarden Euro für den Ausbau von Studienangeboten zur Verfügung. Dabei werden die Mittel nicht mit der Gießkanne verteilt, sondern tragen der unterschiedlichen Ausgangslage in den einzelnen Ländern Rechnung. So können vor allem auch die ostdeutschen Länder ihr Studienangebot erhalten.

Die Koalition bekennt sich mit ihrem finanziellen Engagement eindeutig zum Forschungs- und Wissenschaftsstandort Deutschland. In Zeiten knapper Kassen werden wir im Bundestag dies mit einer klaren Gegenfinanzierung erreichen. Mit einer starken Hochschulpolitik für kluge und innovative Köpfe sichern wir die Innovations- und damit auch die Wirtschaftskraft in unserem Land.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Zypern-Hilfe schützt die gesamte Euro-Zone

Regierungserklärung des Bundesfinanzministers – Breite Mehrheit im Bundestag für Rettungspaket

Der Bundestag hat am Donnerstag mit der Zustimmung zum Rettungspaket für Zypern einen weiteren Schritt zur Stabilisierung der Euro-Zone getan. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble warb in der Debatte um die Zustimmung der Abgeordneten mit den Worten: „Es gibt zur Überwindung der Krise nicht die eine einfache Lösung.“ In namentlicher Abstimmung stimmten neben der christlich-

Hilfe zur Selbsthilfe

Damit kommt die sogenannte Systemrelevanz ins Spiel, die Voraussetzung für Hilfen aus dem Euro-Rettungsschirm ist. Sie besagt: Hilfen können nur dann gewährt werden, wenn die Finanzstabilität der Euro-Zone als Ganzes bedroht ist. Außerdem dürfe die Hilfe nur so hoch sein, dass das Land seine Schuldentragfä-

aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und IWF vereinbart hat. In Zypern kommen strenge Auflagen zur Restrukturierung des Bankensektors hinzu. Bei Einlagen über 100.000 Euro müssen sich die Kontoinhaber mit erheblichen Summen beteiligen.

Die Beteiligung von Anlegern ist bislang einmalig: „Es muss im Falle von Schiefagen von Banken eine Haftungsreihenfolge geben“, betonte Schäuble. Steuerzahler und Staatengemeinschaft dürften bei einer drohenden Bankenpleite erst an letzter Stelle einspringen. Zuerst kämen die Eigentümer, dann die Fremdkapitalgeber und danach bis zu einer gewissen Grenze die Einleger. Erst danach dürften die Staaten und die Staatengemeinschaft helfen.

Europa zur Stabilitätsunion umbauen

Im Rahmen der Debatte zu Zypern erinnerte Schäuble daran, dass die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Stabilitätsunion umgebaut werde. Eine „effektive finanzpolitische Säule“ müsse neben die gemeinsame Geldpolitik gestellt werden. Damit ein in Not geratener Bankensektor nicht den Staat mit in die Krise ziehe, müssten die Banken künftig ausreichend Eigenkapital vorhalten. Eine schlagkräftige Bankenaufsicht, die mindestens die drei größten Banken eines jeden Landes kontrolliere, sei nötig. Der Finanzminister sieht Europa auf diesem mühsamen Weg gut vorangekommen.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Meister bekräftigte, dass die CDU/CSU eine Haftungsunion in Europa als Maßnahme zur Überwindung der Euro-Schuldenkrise ablehne. Er kritisierte Rot-Grün dafür, dass sie Schulden und Haftung auf europäischer Ebene vergemeinschaften wollten. „Das ist unverantwortlich, weil es zu Lasten der Menschen geht“, sagte Meister.



Foto: Tobias Koch

Finanzminister Schäuble gibt Regierungserklärung zur Zypern-Rettung ab

liberalen Koalition auch die meisten Abgeordneten von SPD und Grünen für die Finanzhilfen von bis zu zehn Milliarden Euro.

„Wir sind bei der Bekämpfung der Staatsschuldenkrise im letzten Jahr gut vorangekommen. Wir haben die Währungsunion Schritt für Schritt stabilisiert“, stellte Schäuble fest. Deshalb müsse man sich nun auch der Probleme des kleinen Inselstaates annehmen, obwohl sein Bruttonutzenprodukt nur 0,2 Prozent der Euro-Zone betrage. „Wir müssen verhindern, dass aus Problemen in Zypern Probleme für die anderen Länder werden“, sagte der Finanzminister. Wenn man Zypern nicht helfe, stehe das Land vor dem Staatsbankrott, warnte er. Dies könne andere Länder der Euro-Zone in Mitleidenschaft ziehen.

higkeit bald wieder erlangen könne, sagte Schäuble. Bis 2020 soll Zypern einen Schuldenstand von 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen.

Wie für alle anderen Euro-Krisenländer, die mit Krediten aus dem europäischen Rettungsschirm unterstützt werden, gilt auch für Zypern: „Hilfe ist immer Hilfe zur Selbsthilfe“, betonte Schäuble. Damit die Inselrepublik neun Milliarden Euro aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und eine Milliarde vom Internationalen Währungsfonds (IWF) erhalten kann, muss sie selbst den restlichen Finanzbedarf von rund 13 Milliarden Euro schultern.

Außerdem muss Zypern wie die anderen sogenannten Programmländer wirtschafts- und sozialpolitische Reformen durchführen, die es mit der Troika

Union ebnet Weg für Frauen in Aufsichtsräten

Kauder kündigt im Bundestag feste Quote an – „2020 wird es ernst“



Foto: Tobias Koch

Kauder spricht in der Debatte zur Frauenquote in Aufsichtsräten

CDU und CSU wollen den Weg dafür ebnen, dass mehr Frauen in die Kontrollgremien großer Unternehmen gelangen. In einer Debatte des Bundestages zur Frauenquote am Donnerstag kündigte der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder ein Gesetz für die nächste Legislaturperiode an, nach dem ab 2020 eine feste Quote von 30 Prozent für Frauen in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen gelten soll. „Wir lassen der Wirtschaft bis 2020 Zeit, und dann wird es ernst“, sagte Kauder. Zugleich mahnte er Führungspositionen für Frauen auch in anderen Bereichen an, etwa an Hochschulen.

Die CDU/CSU-Fraktion lehnte einen Vorstoß des Bundesrates für eine 20-prozentige Quote bis 2018 und eine 40-prozentige Quote bis 2023 im Bundestag geschlossen ab. Auch einen Eilantrag der Grünen, entsprechend dem Vorhaben der Union eine Quote von 30 Prozent bis 2020 einzuführen, wiesen die Unionsabgeordneten als billiges Wahlkampfmanöver der Opposition zurück. CDU und CSU werden die 30-Prozent-Quote für Frauen in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen in ihr gemeinsames Regierungsprogramm schreiben, kündigte Kauder an. Nach der Wahl

soll sie im Koalitionsvertrag verankert und dann als Gesetz verabschiedet werden. Den Unternehmen bis 2020 Zeit zu geben, die Quote zu erfüllen, nannte der Fraktionsvorsitzende gerechtfertigt. Die Union setze immer zunächst auf Freiwilligkeit. Erst wenn in den Unternehmen nichts passiere, müsse man eingreifen. Kauder hielt es nicht für ausgeschlossen, dass die Wirtschaft bis 2020 ohnehin die erforderliche Zahl an Frauen in ihren Aufsichtsräten haben werde.

Schröder: „Opposition scheinheilig und verlogen“

Die Vorsitzende der Gruppe der Frauen, Rita Pawelski, appellierte an die Unternehmen, die Ankündigung der Union zu einer festen Quote 2020 ernst zu nehmen. Das Gesetz, das 2014 verabschiedet werde, sei ein „Signal an die Unternehmen“, sich nicht zurückzulehnen, sondern direkt mit der Förderung der Frauen zu beginnen. Die unter Rot-Grün ausgehandelte Selbstverpflichtung der Wirtschaft aus dem Jahre 2001 betrachtete Rita Pawelski als gescheitert.

Auch Familienministerin Kristina Schröder nannte die Selbstverpflichtung ein „Stillhalteabkommen zu Las-

ten der Frauen“. Sie warf der Opposition mit ihren Anträgen zur Frauenquote vor, nach einem Wahlkampfthema zu suchen, um die christlich-liberale Koalition zu spalten. Kristina Schröder führte mehrere Beispiele aus rot-grün regierten Ländern an, in denen die jeweiligen Koalitionen Gelegenheiten versäumt haben, Aufsichtsratsposten mit Frauen zu besetzen. In einigen Fällen seien gar Frauen Aufsichtsratsposten entzogen worden, um sie mit Männern zu besetzen. Die Inszenierung von SPD und Grünen als Anwälte der Frauen sei insofern „scheinheilig und verlogen“, sagte die Ministerin.

„Frauen auch bei Kinderbetreuung unterstützen“

Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, warf SPD und Grünen vor, dort, wo sie Führungsverantwortung hätten, in Sachen Frauenquote nicht mit gutem Beispiel voranzugehen. „Wenn es um die Partei geht, hört die Quote auf bei Ihnen“, sagte Gerda Hasselfeldt und sprach von „Pharisäertum“. Die CSU-Landesgruppenvorsitzende wies außerdem darauf hin, dass es bei der Förderung von Frauen nicht allein um die Aufsichtsräte gehen dürfe. Das Augenmerk müsse in erster Linie auf den Millionen von Frauen in Deutschland gerichtet sein, deren Hauptsorge es sei, ob sie den gleichen Lohn erhalten wie ihre männlichen Kollegen, ob sie Familie und Beruf vereinbaren könnten und ob es genügend Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder gebe. Es gehe auch um Frauen, die Führungspositionen in Behörden, Banken und Redaktionsstuben einnehmen wollten. „Das sind die echten Probleme“, sagte Gerda Hasselfeldt.

Deutschland ist „Antreiber“ im Kampf gegen Steuerflucht

Aktuelle Stunde des Bundestages – Unionsabgeordnete prangern auch Vermeidungsstrategien von Konzernen an

Die christlich-liberale Koalition hat ihren unbedingten Willen zum Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht bekräftigt. In einer Aktuellen Stunde des Bundestages am Donnerstag stellten Unionsabgeordnete vor allem die führende Rolle der Bundesregierung auf europäischer und internationaler Ebene bei diesem Thema heraus. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hartmut Koschyk, sagte, Deutschland und sein Finanzminister Wolfgang Schäuble stünden „immer an der Spitze, wenn es darum geht, Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen und international nach Lösungen zu suchen.“ Die SPD hingegen, die mit Hans Eichel und Peer Steinbrück elf Jahre lang die Finanzminister gestellt habe, habe in dieser Zeit „nur heiße Luft produziert“.

Der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus-Peter Flosbach, sagte ebenfalls, die Bundesregierung sei auf internationalem Feld „Antreiber im Kampf gegen Steuerhinterziehung“. So trete sie vor allem für den automatischen Informationsaustausch über Zinserträge der eigenen Bürger in den jeweils anderen EU-Staaten ein. Flosbach begrüßte es besonders, dass sich Luxemburg nun bereit erklärt habe, ab 2015 ebenfalls zum automatischen Informationsaustausch auf europäischer Ebene überzugehen. Auch in der österreichischen Regierung zeichne sich in dieser Frage Bewegung ab.

Luxemburgs Schwenk begrüßt

Flosbach und Koschyk warfen der SPD vor, dass sie es bei den Verhandlungen über die EU-Zinsrichtlinie seinerzeit hingenommen habe, dass Luxemburg und Österreich sich herauskau-

Michelbach sagte: „Wir werden die Steueroasen Schritt für Schritt durch den automatischen Informationsaustausch austrocknen.“ In diesem Zusammenhang kritisierten die Unionsabgeordneten auch erneut, dass SPD und Grüne das fertig verhandelte Steuerabkommen mit der Schweiz im Bundesrat haben platzen lassen.

Für einheitliche Mindeststeuern

Als weiteres Problem benannten die Abgeordneten die Steuervermeidungsstrategien internationaler Konzerne. Oft gelingt es internationalen Unternehmen, vornehmlich der IT-Branche, amerikanisches Steuerrecht, Steueroasen der Karibik und



© Joachim Lechner - Fotolia.com

steuerliche Präferenzregelungen in der EU so auszunutzen, dass ihre Steuerbelastung auf einstellige Prozentsätze des Gewinns reduziert werden. „Diese Steuervermeidungsstrategien sind wettbewerbsfeindlich“, mahnte Flosbach. Der Bundesfinanzminister hat daher zusammen mit seinen britischen und französischen Kollegen ein Projekt bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ins Leben gerufen, um das Problem auf internationaler Ebene anzugehen. Die OECD erarbeitet laut Michelbach einen Aktionsplan mit Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen. Der Plan soll im Juli vorgelegt und im Herbst von den G20-Finanzministern verabschiedet werden. Um Steuerverlagerungen zu vermeiden, „plädiert Deutschland für einheitliche Mindeststeuern“, sagte Michelbach.

fen konnten. „Sie haben zugestimmt, dass in Europa Steueroasen entstanden sind“, sagte Flosbach. Koschyk betonte, es sei die jetzige Bundesregierung gewesen, die jedes Treffen auf EU-Ebene dazu genutzt habe, beide Länder dazu zu bewegen, ihre Haltung zu überdenken: „Jetzt tragen wir die Früchte unseres Erfolges.“ In Anlehnung an eine Mustervereinbarung mit den USA wollen die G5-Staaten – das sind Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien – untereinander den automatischen Informationsaustausch auf alle Kapitaleinkünfte erstrecken und damit EU-weit einen neuen Standard setzen. Dies haben sie in einem Brief an EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta vom 9. April diesen Jahres deutlich gemacht. Vier weitere EU-Staaten wollen sich bereits anschließen. Der CDU-Finanzpolitiker Hans

Die Digitalisierung revolutioniert unsere Welt

Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ zieht Bilanz – Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen

Knapp drei Jahre hat sie getagt und Tausende Seiten produziert: die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“. Am Donnerstag präsentierte sie im Bundestag ihre Bilanz – eine Bilanz, die überfällig war, denn von der Digitalisierung der Gesellschaft ist inzwischen fast jeder Bereich betroffen. Sie hat Auswirkungen auf die frühkindliche Bildung, auf die Wirtschafts- und Arbeitswelt, ja sogar auf die Art und Weise, wie wir Freundschaften pflegen und unsere kulturellen Bedürfnisse befriedigen. Das Internet ist allgegenwärtig.

„Die große Leistung der Enquete besteht in den Bestandsaufnahmen. Dabei handelt es sich oft um die besten Darstellungen und Analysen zur Digitalisierung, die es derzeit gibt“, so resümiert der Sachverständige und Hauptgeschäftsführer des Branchenverbandes BITKOM, Bernhard Rohleder, die Arbeit der Kommission. Mit den zwölf Einzelberichten der Enquete-Projektgruppen ist eine Bilanz vorgelegt worden, die schon jetzt als Standardwerk und Grundlage für Zukunftsentscheidungen gilt, da erstmals in einem Werk das große Querschnittsthema Digitalisierung abgehandelt wird. Dabei spielte die Frage nach optimaler Wachstumsfinanzierung für Start-ups ebenso eine Rolle wie der Ausbau moderner Bürgerbeteiligung, die digitale Ausstattung von Schulen, Medienkompetenz und Urheberrecht.

Sensibilisierung für die digitale Wirtschaft

Die Enquete-Kommission zieht aber nicht nur Bilanz des gesellschaftlichen Wandels, welcher mit der Digitalisierung einhergeht, sondern gibt auch einen Ausblick auf das, was uns in Zukunft erwartet – und was mit großer Wahrscheinlichkeit auch das Parlament beschäftigen wird. Gerade für das Thema digitale Wirtschaft hat die Kommission die Politik sensibilisiert. Denn schon jetzt zeichnet sich ab: Die vierte industrielle Revolution



Foto: Tobias Koch

und das Internet der Dinge werden die Wirtschaft in den nächsten Jahren maßgeblich verändern. Entwicklungen wie der 3D-Drucker stellen Herausforderungen an Wirtschaftszweige wie die Spielzeugindustrie oder die Zahntechnik – denn bald wird man sich wohl von der Zahnprothese bis zum Lego-Stein alles ausdrucken können. Daneben stellen digitale Arztpraxen mit virtuellen Sprechstunden gerade für den ländlichen Raum eine große Chance dar. Die politischen Fragen, welche hiermit verbunden sind, hat die Enquete schon heute gestellt und entsprechende Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Konstruktive Zusammenarbeit

Dies ist nicht zuletzt Ergebnis einer sehr konstruktiven Zusammenarbeit aller Mitglieder: „Die personelle und interaktive Auseinandersetzung zwischen Abgeordneten und Sachverständigen habe ich als sehr fruchtbar erlebt“, schreibt der Unions-Sachverständige Christof Weinhardt, Professor am Karlsruher Institut für Technologie, im Schlussbericht der Kommission. Die Sachverständigen hätten nicht nur ihr Wissen aus ihrem jeweiligen Fachgebiet eingebracht, sondern an der ein oder anderen Stelle auch ganz unübliche Fragen gestellt.

Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“

Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ hat zwischen Mai 2010 und Januar 2013 in 20 Gesamtsitzungen und 179 Projektgruppensitzungen getagt. Ergebnis sind zwölf umfangreiche Zwischenberichte mit insgesamt über 2.000 Seiten und ein bilanzierender Schlussbericht.

Die CDU/CSU-Fraktion stellte mit Axel E. Fischer den Vorsitzenden der Kommission. Mit dabei waren außerdem die Abgeordneten Reinhard Brandl, Ansgar Heveling, Thomas Jarzombek und Peter Tauber sowie Jens Koeppen als Obmann der Fraktion. Als Stellvertreter fungierten Michael Brand, Christian Hirte, Axel Knoerig, Stephan Mayer, Nadine Schön und Tankred Schipanski. Zur Koordinierung des netzpolitischen Bereichs war auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Kretschmer in die Arbeit eingebunden.

Die Arbeit der Enquete fand in zwölf Projektgruppen statt. Sie umfassten unterschiedlichste Bereiche – von Medienkompetenz, Urheberrecht und Netzneutralität über Datenschutz, Interoperabilität und freie Software bis zu „Green IT“, Öffentlichkeit und Sicherheit im Netz.

Neben den 17 Abgeordneten saßen ebenso viele Sachverständige in der Enquete. Sie tagte – entgegen dem bisher üblichen Verfahren für Enquete-Kommissionen – von Beginn an öffentlich. Ihre Sitzungen wurden live im Parlamentsfernsehen und im Internet übertragen. Weitere Infos unter: <http://www.bundestag.de/internetenquete/>

Prävention im Gesundheitswesen fördern

Johannes Singhammer über die Verantwortung des Einzelnen und die politischen Rahmenbedingungen

Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Johannes Singhammer
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wer gesund lebt, hat mehr vom Leben. Besonders in einer alternden Gesellschaft kommt es darauf an, dass Menschen sich frühzeitig vor Krankheiten schützen, um auch im Alter fit zu bleiben. Das Schlüsselwort heißt Prävention. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass der Gesundheitsvorsorge ein höherer Stellenwert eingeräumt wird. Darüber sprach „Fraktion direkt“ mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Johannes Singhammer.

Herr Singhammer, die Unionsfraktion setzt bei der Prävention auf Freiwilligkeit. Wie kann man jeden einzelnen Menschen zu einem gesunden Leben motivieren?

Singhammer: Jeder Einzelne muss sich für seine Gesundheit selbst verantwortlich fühlen. Eine gesunde Lebensweise heißt vor allem: gesund essen und sich viel bewegen. Die Politik und die Partner im Gesundheitswesen setzen die Rahmenbedingungen. Sie sorgen dafür, dass ausreichend Präventionsangebote zur Verfügung stehen und diese auch für jedermann erreichbar sind.

Mit dem Gesetz zur Förderung der Prävention werden die Krankenkassen verpflichtet, pro Jahr mindestens sechs Euro je Versicherten in Präventionsmaßnahmen zu investieren. Diese sollen insbesondere für Primärprävention – also für Maßnahmen zur Vermeidung von Krankheiten, noch bevor Symptome auftreten –, für betriebliche Gesundheitsförderung und für die Förderung gesunder Verhaltensweisen im Alltag ausgegeben werden. So sollen zum Beispiel die Anreize für Gesundheitsuntersuchungen, zur Früherkennung von Krankheiten oder zur Inanspruchnahme von Vorsorgeleistungen an Kurorten erhöht werden.

Bei den Kassen gibt es bereits Bonusprogramme, mit denen gesundheitsbewusstes Verhalten belohnt wird. Was sollen die Kassen noch tun?

Singhammer: Der Begriff der Prävention wird von den Krankenkassen heute sehr weit ausgelegt. Viele dieser Angebote haben nur mittelbaren oder gar keinen Bezug zur eigentlichen Prävention. Um die Wirksamkeit zu erhöhen, setzen wir Schwerpunkte für die Präventionsziele, an denen sich die Leistungen und Angebote der Krankenkassen orientieren sollen. Hierzu gehören zum Beispiel die Vorbeugung gegen Diabetes, die Früherkennung von Brustkrebs, die Verringerung des Tabakkonsums sowie die Steigerung der Gesundheitskompetenz. Hinzu kommt, dass wir die Qualität der Angebote sicherstellen wollen, indem wir einheitliche Verfahren zur Prüfung, Zertifizierung und Evaluation einführen. Überdies wird die Möglichkeit verbessert, wohnortferne Präventionsangebote in Anspruch zu nehmen.

Prävention fängt schon im Kindesalter an. Was können Schulen dazu beitragen?

Singhammer: Schulen kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere mit Blick auf Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen, bildungsfernen Familien oder Familien mit Migrationshintergrund. Bereits heute kümmern sich Schulen – oft in Kooperation mit den Krankenkassen – zum Beispiel auch um Ernährungs- und Bewegungserziehung. Damit wir Kinder auch im Grundschulalter auf mögliche Fehlentwicklungen hin untersuchen können, weiten wir die bisherige Altersgrenze für die sogenannten U-Untersuchungen bis zum zehnten Lebensjahr aus.

„Schulen kommt eine besondere Bedeutung zu“

Verantwortung kommt auch den Arbeitgebern zu. Wie aber sollen vor allem kleine Betriebe die Kosten für Rückenschulen oder Antistress-Seminare schultern?

Singhammer: Wir stärken die betriebliche Gesundheitsförderung, indem wir von den sechs Euro, die die Krankenkassen pro Versicherten für Prävention ausgeben sollen, zwei Euro allein dafür verwenden. Kleine und mittlere Unternehmen sollen einen unbürokratischen Zugang zu Leistungen der betrieblichen Gesundheitsförderung von der Krankenkasse erhalten. Um dies zu erreichen, werden die Krankenkassen verpflichtet, die Unternehmen in gemeinsamen regionalen Koordinierungsstellen zu beraten und zu unterstützen. Darüber hinaus ermöglichen wir Gruppentarife für Beschäftigte von Betrieben, die bei der Gesundheitsförderung mit den Krankenkassen kooperieren.

„China hat Interesse an stabilem Euro“

Kauder trifft neue chinesische Führung



Foto: picture alliance / Photoshot

Volker Kauder mit Wang Qishan, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder hat als erster europäischer Politiker nach dem Machtwechsel in der kommunistischen Partei und der Regierung Gespräche mit der politischen Führung Chinas geführt. Bei dem Besuch Ende März standen die Maßnahmen zur Bewältigung der europäischen Staatsschuldenkrise sowie die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen im Mittelpunkt. Es war nach 2008 und 2011 die dritte Reise des Fraktionsvorsitzenden nach China.

Strategische Partnerschaft weiter intensivieren

„Deutschland und China verbindet eine strategische Partnerschaft, die auch mit der neuen Führung weiter forciert werden muss“, sagte Volker Kauder. Die Gespräche hätten gezeigt, dass China speziell daran interessiert sei, deutsche Mittelständler als Wirtschaftspartner zu gewinnen. Kauder und seine Delegation, zu der der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff, der außenpolitische Sprecher Philipp Mißfelder und das Mitglied des Fraktionsvorstands, Max Straubinger, gehörten, diskutierten mit Wissenschaftsminister Wang Gang über den Austausch von Jugendlichen zur Berufsausbildung. Der Austausch soll nach dem

Willen beider Seiten vorangetrieben werden.

China entwickelt Zukunftstechnologien – beispielsweise auf dem Gebiet der Elektromobilität, auf dem eine Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen vorstellbar ist. „Allerdings haben wir deutlich gemacht, dass sich Technologien und Produkte am Markt durchsetzen müssen – ohne staatliche Protektion und Subvention“, erklärte Kauder.

Ein weiterer Schwerpunkt der Gespräche war die europäische Staatsschuldenkrise. Wang Qishan, der als

ausgewiesener Finanz- und Wirtschaftsexperte Mitglied des siebenköpfigen Ständigen Ausschusses des Politbüros der Kommunistischen Partei Chinas ist und damit neben Präsident Xi Jinping und Ministerpräsident Li Keqiang zu den einflussreichsten Politikern des Landes gehört, äußerte seine Sorgen bezüglich der Zukunft der Europäischen Union und des Euros. Man habe ein sehr großes Interesse an einem stabilen Euro – denn die europäische Gemeinschaftswährung sei nach dem Dollar zweitwichtigste Weltwährung. China verfolge die Entwicklung in Europa deshalb sehr aufmerksam, bekräftigten auch Vize-Außenminister Song Tao und Vize-Finanzminister Guang Yao.

Kauder und seine Delegation warben für den Kurs zur Rettung hochverschuldeter Euro-Staaten, der Solidarität mit Solidität verbindet. „Wir haben unseren chinesischen Partnern deutlich gemacht, dass wir die Euro-Zone zusammenhalten wollen, aber auf Reformen in Krisenländern wie Zypern bestehen werden“, sagte Kauder. Nur so werde Europa stärker und stabiler aus der Krise herausgehen als es hineingegangen sei.



Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Delegation von Volker Kauder mit dem chinesischen Wissenschaftsminister Wang Gang

Heimische Rohstoffe – Standbein der Industrie

Weiterer Kongress der Unionsfraktion zum „Rohstoffstandort Deutschland“



Foto: Steven Rösler

Joachim Pfeiffer beim Rohstoffkongress

Eine sichere, wettbewerbsfähige und nachhaltige Rohstoffversorgung ist von zentraler Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Um dies zu gewährleisten, ist eine integrierte Rohstoffstrategie erforderlich. Sie muss die gesamte Rohstoffkaskade umfassen – von der Steigerung der Rohstoffeffizienz, der Substitution und dem Recycling wertvoller Stoffe über die Sicherung der Rohstoffversorgung auf den Weltmärkten bis hin zur nachhaltigen Nutzung heimischer Rohstoffvorkommen.

Auf dem Kongress der Unionsfraktion „Rohstoffstandort Deutschland“ diskutierten Experten aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft über den Beitrag einheimischer Rohstoffe für die Rohstoffversorgung unseres Landes. Die Tagung setzt eine Kongressreihe der Unionsfraktion zum Rohstoffthema fort, die sich unter anderem mit außenpolitischen, außenwirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Aspekten befasste.

Für stabile Rahmenbedingungen

Einigkeit bestand bei allen Rednern, dass Deutschland – im Gegensatz zur landläufigen Meinung – ein rohstoffreiches Land ist. Die Förderung von

Kohle, Gas, Baustoffen, Salzen oder Industriemineralien ist von erheblicher Bedeutung für die industrielle Wertschöpfung sowie für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Thorsten Diercks von der Vereinigung Rohstoffe und Bergbau verwies darauf, dass von der rund eine Milliarde in Deutschland jährlich verbrauchten Tonnen Rohstoff rund 770 Millionen Tonnen aus dem Inland stammen. Die einheimische Rohstoffförderung ist damit ein wesentliches Standbein für den Industriestandort Deutschland.

Heimische Rohstoffe wichtig für Deutschland

Für stabile Rahmenbedingungen für die Rohstoffindustrie warben Martin Kern, Geschäftsführer eines mittelständischen Baustoffunternehmens aus Südwestdeutschland, Norbert Steiner, Vorstandsvorsitzender der K+S AG, und Gernot Kalkoffen, Vorstandsvorsitzender der ExxonMobil Central Europe Holding GmbH. Die Erschließung von Rohstoffvorkommen erfordere hohe Investitionen über lange Zeiträume, oft über Jahrzehnte. Planungssicherheit sei daher ein zentraler Punkt, betonten sie. Dies

unterstützte der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Joachim Pfeiffer. Er verwies darauf, dass das geltende Bergrecht einen Rechtsrahmen zur Verfügung stelle, der diese Anforderungen erfülle. Dieser Rahmen dürfe aber nicht ständig in Frage gestellt werden, wenn man Planungssicherheit wolle.

Menschen in den Förderregionen mitnehmen

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder hob die Bedeutung der einheimischen Rohstoffförderung hervor. Er verwies darauf, dass die Menschen in den Förderregionen mitgenommen werden müssten. Denn vor Ort entstünden oft heftige öffentliche Debatten – aktuell etwa über die Förderung von Schiefergas durch das sogenannte Fracking-Verfahren. Hier gelte es für die Politik und für die Unternehmen Wege zu finden, Akzeptanz zu schaffen.

Olaf Tschimpke, Präsident des Naturschutzbundes Deutschland hob hervor, dass auch die Naturreserven wertvolle Rohstoffe seien. Hartmut Zeiß, Vorstandsvorsitzender der Vattenfall Mining AG, verwies darauf, dass man durch frühzeitige Einbindung der Bevölkerung auch in Deutschland Akzeptanz für großflächige Vorhaben wie den Braunkohletagebau schaffen könne.

Jorge Eduardo O’Ryan Schütz, Botschafter Chiles, und Peter Hintze, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, würdigten die deutsch-chilenische Rohstoffpartnerschaft, die Ende Januar vereinbart worden war. Georg Nüßlein, wirtschaftspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, fasste zusammen, dass Akzeptanz und Technologieoffenheit im Inland nicht nur Grundvoraussetzung für die einheimische Rohstoffförderung seien, sondern auch für erfolgreiche Rohstoffpartnerschaften mit dem Ausland.

Für lebenslange Weiterbildung

Unionskongress befasst sich mit betrieblicher Qualifizierung

Mit dem demografischen Wandel wird sich auch unser System der beruflichen Qualifizierung tiefgreifend verändern. Beim Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der unter dem Motto „Fit für die Zukunft durch gute betriebliche Qualifikationen“ stand, machten dies die geladenen Experten deutlich. Bundeskanzlerin Angela Merkel, die ebenfalls auf dem Kongress sprach, nutzte die Gelegenheit, einen Blick auf die aktuelle Situation der jungen Menschen in den Krisenstaaten Europas zu richten.

Es gehe darum, die sechs Milliarden Euro richtig einzusetzen, die die EU ab 2014 für die gezielte Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zusätzlich ausgeben will, sagte die Bundeskanzlerin. Sie empfahl den Krisenstaaten, auch über Vorruhestandsmodelle nachzudenken, mit denen Deutschland in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit gute Erfahrungen gemacht habe. Denn es sei besser, Ältere zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Arbeitsleben zu bewegen, als für junge Menschen öffentlich finanzierte Arbeitsplätze einzurichten.

Verzahnung allgemeiner und beruflicher Bildung

Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe, Peter Weiß, warb dafür, nicht nur jungen Menschen in Deutschland, sondern in ganz Europa die Chance zu einer dualen beruflichen Ausbildung zu eröffnen. Für Deutschland selber gelte es, seine Zukunft als Industrieland zu sichern. Damit Deutschland weltweit an der Spitze bleibe, sei die gute Qualifikation der Menschen bei der Erstausbildung und im weiteren Lebensverlauf unverzichtbar.

Ein Schlüssel liege in der Verzahnung von allgemeiner und beruflicher Bildung, sagte der Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB), Friedrich Hubert Esser. Die Konzepte setzten bereits im 7. Schuljahr an, um junge Menschen auf die richtige Wahl der Ausbildung vorzubereiten. Hans-

Henning von Grünberg, Präsident der Hochschule Niederrhein, stellte als interessante Variante für junge Schulabgänger das „duale Studium“ vor, bei dem beruflicher Abschluss und Studienabschluss gleichzeitig erlangt werden können.

Uwe Schummer, Obmann der Unionsfraktion im Ausschuss für Bildung und Forschung, erläuterte den von der Unionsfraktion auf den Weg gebrachten Ausbau der „Bildungsketten“, mit denen der Übergang von der Schule in die Ausbildung verbessert wird. Das Motto laute: „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Schummer plädierte auch dafür, Menschen ohne Abschluss eine zweite und gegebenenfalls eine dritte Chance zu ermöglichen. Dafür müsse die Bundesagentur für Arbeit in die Lage versetzt werden, verstärkt längerfristige Maßnahmen mit berufsbildenden Abschlüssen anzubieten, forderte der Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Karl-Josef Laumann.

Marion Schick, Personalvorstand der Deutschen Telekom, erläuterte, dass den Mitarbeitern ihres Unternehmens Gelegenheit gegeben werde, über ein Berufsleben hinweg modular gestaltete Abschlüsse zu erwerben. Großunternehmen mit ihren Möglichkeiten hätten in der Regel ohnehin keine Schwierigkeiten, ausbildungswillige Mitarbeiter zu finden.

Eine Schieflage im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte könne kleinen Unternehmen aber z. B. dadurch entstehen, dass sie nicht entsprechende Möglichkeiten hätten, Weiterbildungen anzubieten.

„Unternehmenskultur für Ältere“

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Ralf Brauksiepe, forderte nach Jahren der Frühverrentung eine „Unternehmenskultur für Ältere“, die auch Weiterbildung umfassen müsse. Tabea Burchartz, die mehrere Jahre einer Jugend- und Auszubildendenvertretung vorstand, merkte an, dass Weiterbildungswillige gut motiviert, häufig aber auch finanziell überfordert seien. Die Arbeitgeber als Nutznießer seien hier stärker in die Pflicht zu nehmen.

Auf den Zusammenhang zwischen familiärer Situation und Weiterbildungsmöglichkeiten wies Stefan Müller, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, hin. Grundsätzlich müsse das Ziel eine familiengerechte Weiterentwicklung des Arbeitslebens sein und nicht eine „Ökonomisierung“ des Familienlebens, betonte Müller.



Foto: Steven Rösler

Angela Merkel und Peter Weiß am Rande des Unionskongresses

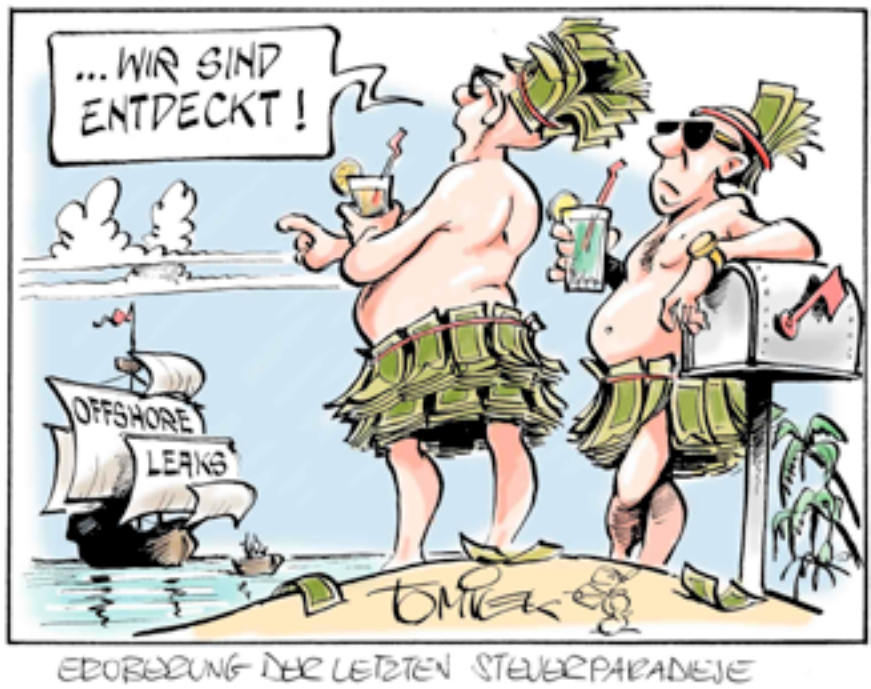
Erneut Überschuss in den Sozialversicherungen

Wiesbaden – Im vergangenen Jahr haben die Sozialversicherungen erneut einen Überschuss erwirtschaftet. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, lag der Überschuss mit 15,8 Milliarden Euro 1,9 Milliarden Euro über dem des Jahres 2011.

Die Sozialversicherungen umfassen die gesetzliche Krankenversicherung, die gesetzliche Unfallversicherung, die Rentenversicherung und die knappschaftliche Rentenversicherung, die Alterssicherung für Landwirte, die soziale Pflegeversicherung sowie die Bundesagentur für Arbeit. Die Finanzierungsüberschüsse des Jahres 2012 beruhen maßgeblich auf der positiven Lohn- und Beschäftigungsentwicklung.

Die Einnahmen der Sozialversicherungen beliefen sich im Jahr 2012 insgesamt auf 536,5 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einem Anstieg um 2,0 Prozent. Die Ausgaben lagen mit 520,7 Milliarden Euro um 1,7 Prozent über dem Niveau des Jahres 2011.

Der Finanzierungsüberschuss der Rentenversicherung betrug im vergangenen Jahr 4,8 Milliarden Euro und damit 0,4 Milliarden mehr als 2011. Für die gesetzliche Krankenversicherung ergab sich im Jahr 2012 ein Finanzierungsüberschuss von 8,5 Milliarden Euro. Im Vorjahr waren es 9,3 Milliarden Euro. Für die Bundesagentur für Arbeit wurde ein Finanzierungsüberschuss von 2,6 Milliarden Euro errechnet und damit 2,6 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2011. In der Pflegeversicherung sank der Finanzierungsüberschuss um 0,2 auf 0,1 Milliarden Euro.



Zeichnung: Tomcek

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.veranstaltungen.cducusu.de

- 24. April 2013 Soiree zur Zukunft des Buches im digitalen Zeitalter
- 26. April 2013 Filmempfang
- 30. April 2013 Gemeinsamer Kongress mit dem Parlamentsklub der ÖVP zu Christenverfolgung, Veranstaltungsort: Salzburg
- 30. April 2013 Energiepolitischer Dialog zur Zukunft des EEG

Landleben muss Zukunft haben

Neue Broschüre der Fraktion

Etwa die Hälfte der Deutschen lebt auf dem Land. Ihnen soll es auch in Zukunft nicht schlechter gehen als den Städtern – trotz des demografischen Wandels. Eine Broschüre der Unionsfraktion zeigt Wege auf, wie das Leben und Arbeiten auf dem Land gesichert werden kann. Im Einzelnen geht es um die Stärkung von Landwirtschaft und Tourismus, um die Sicherung der Daseinsvorsorge, von Schulen und Kindergärten, um den Ausbau des schnel-

len Internets und um den Erhalt der medizinischen Versorgung.

Eine Koalitionsarbeitsgruppe hat dafür 105 Maßnahmen ausgearbeitet, die Ende 2012 vom Bundestag beschlossen wurden. In der Broschüre kommen Abgeordnete und Experten aus Landwirtschaft, Tourismus, Kommunen und Medizin zu Wort. Sie kann unter fraktion@cducusu.de bestellt werden und steht unter www.cducusu.de/publikationen zum Download bereit.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
 Fraktion direkt
www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt